

Bericht aus Berlin



CDU

Armin Schuster

Rheintalbahn

Beschluss gefasst, Ziel erreicht!

Am Donnerstag hat der Bundestag den Antrag zum Ausbau der Rheintalbahn nach zähen und langwierigen Verhandlungen endlich einstimmig beschlossen. Damit wird die Einigung des Projektbeirats aus dem vergangenen Jahr nun auch durch einen Bundestagsbeschluss abgesichert. Für unsere Region ist es ein unglaublicher Erfolg, Bund, Land und die Bahn für die vereinbarten Planungskorrekturen gewonnen zu haben und letztendlich auch die Finanzierung zu sichern. Speziell durch den verbesserten Lärmschutz zwischen Hülgelheim und Auggen, aber auch durch den geplanten Tunnel in Offenburg und den Neubau der Güterzugtrasse zwischen Offenburg und Riegel tragen wir den besonderen Anforderungen der meistbefahrenen Güterzugstrecke Deutschlands angemessen Rechnung. Damit habe ich auch persönlich Wort gehalten. Alle im Land einvernehmlichen Positionen haben wir im Bund durchgesetzt. Mein Dank gilt allen Beteiligten, die durch die konstruktive Zusammenarbeit im Projektbeirat diese Einigung erst möglich gemacht haben!



Armin Schuster zusammen mit Gerhard Kaiser (Bürgerinitiative für eine Mensch und Umwelt schonende Trasse im nördlichen Markgräflerland), Kerstin Andreae MdB und Peter Pilger (v.r.n.l) vom Bürgerbündnis Bahn Markgräflerland nach dem Beschluss des Bundestages zur Rheintalbahn am Donnerstagabend.

Armin Schuster, MdB
Im Deutschen Bundestag für den
Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227-71005
Fax: 030 227-76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

die gestern getroffene Vereinbarung zum Asylpaket II ist die logische Konsequenz des CDU-Bundesparteitags im Dezember. Wir hatten damals mit unserem Leitanspruch das Versprechen gegeben, den Flüchtlingszustrom nach Deutschland spürbar zu verringern. Mit den vereinbarten Maßnahmen wird uns das gelingen. Ein Baustein ist die um die nordafrikanischen Staaten erweiterte Liste sicherer Herkunftstaaten. Hier bauen wir auf die Erfahrung des ersten Asylpakets, bei dem wir die Westbalkanstaaten auf diese Liste gesetzt haben und der Zustrom so massiv gesenkt werden konnte. Auch die Maßnahme, den Familiennachzug für Flüchtlinge, die nicht der Genfer Flüchtlingskonvention oder dem deutschen Recht auf Asyl unterliegen, für zwei Jahre einzuschränken, wird die Kommunen stark entlasten. Wir schieben mit dem Paket notwendige Reformen an, dürfen aber keinesfalls vergessen, dass sich die europäischen Staaten schnell auf ein gemeinsames Vorgehen einigen müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Armin Schuster

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 4258033
Fax: 07621 4258035
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Flüchtlingspolitik

Asylpaket II kommt

Am Donnerstag haben sich die Koalitionsspitzen auf das lang erwartete Asylpaket II geeinigt. Damit verschärfen wir das Asylrecht weiter. Schon im November hatten wir einen ersten Entwurf vorgelegt, damals wurden unsere vorgeschlagenen, schärferen Maßnahmen aber von der SPD blockiert. So wird nun der Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige für zwei Jahre ausgesetzt. Und auch die um Marokko, Tunesien und Algerien erweiterte Liste sicherer Herkunftsstaaten wird den Zustrom weiter begrenzen.

Ebenfalls in dieser Woche hat das Kabinett beschlossen, straffällige Asylbewerber leichter auszuweisen. Nach den vorliegenden Plänen soll eine Ausweisung künftig auch bei einer Bewährungsstrafe und Verurteilungen, zum Beispiel bei Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wie in Köln, möglich sein. Dies kann aber allenfalls nur ein erster Schritt sein, wichtig ist auch, dass die Bundesländer ihren Abschiebeverpflichtungen konsequenter nachkommen und wir im internationalen Rahmen die Voraussetzungen schaffen, dass abgeschobene Asylbewerber in ihren Heimatländern auch aufgenommen werden. Insbesondere mit den nordafrikanischen Staaten müssen daher schnell Rücknahmeabkommen geschlossen werden.

Jahreswirtschaftsbericht 2016

Deutsche Wirtschaft ist weiterhin stark

In dieser Woche wurde der Jahreswirtschaftsbericht 2016 vom Kabinett beschlossen. Im Bericht werden offizielle Schätzungen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und den wirtschaftspolitischen Vorhaben der Regierung vorgestellt. Auch in diesem Jahr wird die deutsche Wirtschaft nach den Daten des Berichts weiter auf dem Niveau der Vorjahre wachsen. Dieser Kurs darf aber keinesfalls Grund zur Selbstzufriedenheit sein, insbesondere bei der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit müssen wir weiter mit den internationalen Entwicklungen Schritt halten. Dies trifft auch auf die Digitalisierung zu, die wir konsequent vorantreiben müssen. Ich bin mir sicher, dass wir in unserer Region gut aufgestellt sind.

Interview



Armin Schuster im Gespräch mit Phoenix am Dienstag zur Flüchtlingspolitik der CDU.

+++++++Kurz berichtet+++++++

Neues aus den Büros



In dieser Woche hat Luca Wild aus Rheinfelden ein Praktikum im Berliner Büro absolviert. Herr Wild studiert seit September in Flensburg International Management. Auch das Wahlkreisbüro hat neue Unterstützung. Henry Parzefall wird bis Ende August das Büro unterstützen.

Terminhinweise

Am Montag, 1. Februar 2016, kommt der CDU-Landesvorsitzende Thomas Strobl MdB zur Wahlkampfunterstützung von Dr. Patrick Rapp MdL nach Müllheim ins Stadthaus. Der Termin beginnt um 19:30 Uhr. Auch Armin Schuster wird vor Ort sein.

Außerdem wird Wolfgang Bosbach MdB am 12. Februar zwei Vorträge in der WG Auggen (ab 18:00 Uhr) und im Burghof Lörrach (ab 20:00 Uhr) halten. Themen des Abends werden die Innere Sicherheit und die Flüchtlingskrise sein. Die Termine stehen allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern offen.

Bericht des Wehrbeauftragten

In dieser Woche hat der neue Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Dr. Hans-Peter Bartels, seinen Jahresbericht über den Zustand der Bundeswehr vorgestellt. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Bundeswehr unter massiven Ausstattungsmängeln leidet und eine deutlich bessere personelle, materielle und finanzielle Ausstattung zur Auftragserfüllung benötigt. Ebenfalls in dieser Woche wurde der Abschlussbericht der sogenannten „Rühe-Kommission“ vorgelegt. Gegenstand der Kommission war die Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Auf Basis des Berichts hat der Bundestag eine Anpassung der Parlamentsbeteiligung beschlossen, diese passt die wichtige Kontrollfunktion des Parlaments an die heutigen Erfordernisse der Bundeswehr an.